

Newsletter der SPD-Fraktion im Römer

Auskünfte der Frankfurter Sparkasse über Auswirkungen von Lehman-Brothers-Pleite auf ihre Kunden ungenügend – Grüntker muss für volle Aufklärung sorgen

Als „in der Sache ungenügend“ und „noch keine vollständige Aufklärung“ hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Römer, Klaus Oesterling, die bisherigen Auskünfte der Frankfurter Sparkasse zu den Auswirkungen der Lehman-Brothers-Pleite auf ihre Kunden bezeichnet. Zwar habe die Frankfurter Sparkasse öffentlich eingeräumt, dass eine beträchtliche Zahl ihrer Kunden, darunter viele Kleinsparer, von der Lehman-Pleite betroffen seien, weil die Sparkasse diesen Lehman-Brothers-Zertifikate verkauft habe. Keine Auskunft habe die Sparkasse aber darüber erteilt, wie es dazu gekommen sei.

Nach Informationen der SPD habe die Sparkasse mit Sonderaushängen in ihren Zweigstellen für die Zertifikate geworben, wobei Zinserträge bis zu 10 % in Aussicht gestellt worden seien. Nach Aussagen von Betroffenen sei in der Beratung von der Möglichkeit eines Totalverlustes keine Rede gewesen. Der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse, Herbert Hans Grüntker, müsse nun den Kunden eine Reihe von Fragen beantworten, so Oesterling. Dazu gehörten:

1. Hat es einen Vorstandsbeschluss oder einen Beschluss auf einer höheren Ebene gegeben, in den Zweigstellen aktiv für Lehman-Brothers-Zertifikate zu werben?
2. Wurden die Kundenberater der Sparkasse angewiesen, bei den Kunden in besonderer Weise für den Erwerb von Lehman-Zertifikaten zu werben?

3. Welche Provisionen hat die Sparkasse ihren Beratern für den Verkauf der Zertifikate in Aussicht gestellt und waren diese höher als beim Verkauf von anderen Anlageformen?

4. Wie hoch war die Provisionssumme insgesamt, die von der Sparkasse in diesem Zusammenhang an ihre Kundenberater gezahlt wurde?

5. Wie hoch waren die Gewinne, die von der Frankfurter Sparkasse durch den Verkauf von Lehman-Zertifikaten erzielt wurden?

„Wir brauchen jetzt absolute Transparenz“, sagte der Vorsitzende der SPD-Fraktion dazu abschließend. „Dazu gehört auch dass Grüntker jetzt die Frage beantworten muss, ob die Frankfurter Sparkasse die Lehman-Zertifikate gezielt in den Markt gedrückt hat und ob bei der Tatsache, dass so viele Kundenberater den Kleinsparern derartige Papier empfohlen haben, auch die Provisionspolitik des Vorstandes eine Rolle gespielt hat“.



SPD fragt nach dem Stand bei der Rekonstruktion des Daches der Kämmerei



„Bereits vor einem halben Jahr hatte der Planungsdezernent angekündigt, eine Machbarkeitsstudie zur Rekonstruktion des Daches der Kämmerei und der beiden Rathaußtürme zu beauftragen“, erläutert Elke Tafel, die planungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Römer. Da die Ergebnisse der Studie dem Pla-

nungsausschuss noch nicht vorgelegt wurden, will die SPD-Fraktion im Römer mittels eines Antrages nachhelfen, dass der Planungsausschuss entsprechend informiert wird. „Der Planungsdezernent hatte damals angekündigt, auch untersuchen zu lassen, ob eine Einkaufspassage in dem Kämmereigebäude gebaut werden kann“, so Tafel. „Wir wollen nun vom Magistrat wissen, welche Kosten auf die Stadt Frankfurt am Main zukommen, wenn die Pläne verwirklicht werden, welche Art von Geschäftsansiedlungen hier zu erwarten wären und wie hoch der Magistrat die Fußgängerfrequenz durch die Passage einschätzt.“

SPD fragt nach Zukunft des Erlebnishauses Spitzingsee

Angesichts der jüngsten Presseberichterstattung über die ungewisse Zukunft des städtischen Erlebnishauses Spitzingsee will die SPD-Fraktion im Römer mittels einer Anfrage geklärt wissen, wie sich der Magistrat den Rückgang der Belegungszahlen erklärt und ob er gedenkt, eventuell gegenzusteuern. „Es stellt sich die Frage, ob viele Schulklassen heutzutage wirklich nur noch ins Ausland wollen, oder ob das Haus vielleicht nicht so beworben wurde, wie es möglich und nötig ist“, sagte die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Römer, Brigitte Enzmann. Dass Jugendgruppen anderer Städte das stark subventionierte Haus nun zunehmend für ihre Ferienfreizeiten nutzen, sei jedenfalls kein Zustand.

Jedes Jahr übernachteten ca. 5000 Frankfurterinnen und Frankfurter in dem bayerischen Ferienhaus, das von der Stadt derzeit mit 300 000€ bezuschusst werde. Der aktuelle Pachtvertrag laufe jedoch im März 2010 aus.

„Wir brauchen Zahlen von der Verwaltung: Wie hoch wäre der Finanzbedarf, um das Haus zu erwerben und zu sanieren und wie viel käme auf der anderen Seite auf die Stadt zu, wenn wir den Pachtvertrag kündigen und Rückbaumaßnahmen finanziert werden müssen?“, forderte die Bildungspolitikerin.

Das seit 40 Jahren von der kommunalen Kinder-, Jugend- und Familienhilfe betriebene Haus habe offensichtlich auch ein Imageproblem. „Angesichts der jüngsten Debatte um immer teurer werdende Klassenfahrten könnte der Magistrat hier eine Weiche stellen – wir sind gespannt“, sagte Enzmann.



Betroffenheit und Bestürzung über plötzlichen Tod von Hans-Rolf Eifert

Mit Betroffenheit und Bestürzung hat die SPD-Fraktion im Römer auf die Nachricht vom plötzlichen Tod des Leiters des staatlichen Schulamts, Hans-Rolf Eifert, reagiert. „Mit Hans-Rolf Eifert verlieren wir einen engagierten und zuverlässigen Schullehrer, der sich seit mehr als zehn Jahren in Frankfurt um die Schullandschaft verdient gemacht hat“, sagte die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Römer, Brigitte Enzmann.

Eifert habe als ausgebildeter Lehrer aus eigenem Erfahren um die Sorgen und Nöte der Schulen in einer Großstadt gewusst und seine Erfahrungen mit Augenmaß und Engagement in die Umsetzung der staatlichen Schulpolitik einfließen lassen. Eiferts plötzlicher Tod sei ein schmerzlicher Verlust für die Stadt und die SPD, deren Mitglied der Verstorbene über lange Jahre war.

School of Finance: Kein wirkliches Interesse der Oberbürgermeisterin für die Frankfurter Wirtschaft

„Nahezu überall in der Welt will sie für Frankfurt aufzutreten, die Oberbürgermeisterin. Doch für Frankfurts Wirtschaft zu arbeiten, scheint nicht ihr Ding“, folgert Sylvia Weber, wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Römer aus den aktuellen Berichten zur Raumnot der Frankfurt School of Finance.

„Ständig lobt Frau Roth dieses Institut, doch nachdem die Frankfurt School of Finance sie um Unterstützung bei der Suche nach einem neuen Standort gebeten hat, geschieht monatelang nichts. So sieht die Wirtschaftspolitik des Magistrats aus: Nichts tun“, stellt Weber fest. Sie appelliert an den Magistrat endlich wirkliche Wirtschaftsförderung zu betreiben und sich um die ansässigen Unternehmen und Institute zu kümmern.

„Gerade im Ostend stehen in EZB-Nähe Flächen zur Verfügung, an denen die School of Finance interessiert ist. Das Honsell-Dreieck wäre zum Beispiel für diese Zwecke ideal“, ist Weber überzeugt. „Mit der School of Finance an diesem Ort wäre Frankfurts Wirtschaft mehr gedient, als mit einer weiteren überflüssigen und überdimensionierten Einkaufs-Mall.“



Raumprogramm für Museum der Weltkulturen ist unbrauchbar und das inhaltliche Konzept fehlt!

Als „unbrauchbar“ hat die SPD-Stadtverordnete Dr. Renate Wolter-Brandecker das vom Magistrat vorgelegte Raumprogramm für den Neubau des Museum der Weltkulturen zurückgewiesen. „Das Raumprogramm muss komplett neu erarbeitet werden, außerdem sollte der Kulturdezernent endlich eine inhaltliche Konzeption für das Museum vorlegen, die der internationalen Stadt Frankfurt am Main entspricht“, forderte die Kulturpolitikerin der SPD-Fraktion.

Das vom Magistrat vorgelegte Raumprogramm für das Museum der Weltkulturen sei für das Degussa-Gelände erstellt worden und könne nicht einfach auf den Standort im Museumspark übertragen werden, kritisierte die SPD-Stadtverordnete. „Eine wesentlich kleinere Fläche für den Erweiterungsbau zusammen mit den bisher schon genutzten Villen erfordern ein völlig neues Raumprogramm“, erklärte die SPD-Politikerin. Der Magistrat müsse nun endlich auch Farbe bekennen, welche inhaltliche Konzeption in dem Museum angestrebt werde. Zwar sei es gut, wenn in einem Neubau endlich die wertvolle Sammlung des Museums der Weltkulturen präsentiert werden könne, „doch reicht die Präsentation der Sammlung allein für Frankfurt am Main nicht aus“, so die Stadtverordnete. „In einem modernen ethnologischen Museum ist der interkulturelle Dialog Voraussetzung für eine überzeu-

gende Legitimation des neuen Museums“, stellte Renate Wolter-Brandecker fest.

In Bezug auf den Konflikt mit der bisherigen Leiterin des Museums, Dr. Annette Rein, habe der Kulturdezernent lediglich von „inhaltlichen Differenzen“ gesprochen, ohne diese zu benennen. Falls Semmelroth nun die Abkehr von den bisherigen Vorstellungen, die auch immer von den Grünen mit Vehemenz betrieben worden seien, wolle, sei dies nicht hinnehmbar und dürfe nicht durch die Hintertür geschehen. In einer globalisierten Welt sei es dringend erforderlich, „sich dem Dialog der Kulturen zu stellen“. Ein Museum der Weltkulturen sei der bestmögliche Ort, die Anschauung der Kulturen und interkulturelle Debatten gleichzeitig zu ermöglichen. Der Neubau biete daher die historisch einmalige Chance für eine Neuausrichtung des Museums. „Da ist es höchste Zeit, den bisherigen Dilettantismus zu beenden“, erklärte die SPD-Kulturpolitikerin bei der Vorstellung eines Antrags ihrer Fraktion.



Der Sozialfonds der Europäischen Union soll stärker für Frankfurter Projekte genutzt werden!



Der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Peter Feldmann, sieht Bedarf nach Einrichtung einer bei der Stadtverwaltung angegliederten Koordinierungsstelle zur Beantragung von EU-Mitteln. Insbesondere der Sozialfonds der EU sollte seiner Meinung nach stärker ausgeschöpft werden.

„Alle der Beschäftigungsförderung dienlichen Projekte wie Spracherwerb, Bildung und Qualifizierung sind theoretisch förderungswürdig“, erklärt Feldmann. Der Stadtverordnete sieht bei Trägern und Vereinen Bedarf nach Absicherung einzelner Projekte und möchte diese zusätzliche Einnahmequelle der Stadt Frankfurt nicht länger unbe-

rücksichtigt sehen. „Die SPD-Fraktion hatte bereits 2002 einen ersten Antrag zum Europäischen Sozialfonds eingereicht“, erinnert Feldmann. Nach seiner damaligen Vorstellung sollte das Europabüro (heute Referat für Internationale Angelegenheiten) mit dieser Aufgabe dauerhaft betraut werden. Jedoch hatte der Magistrat das Anliegen der SPD-Fraktion mit Hinweis auf Unwirtschaftlichkeit abgelehnt.

Der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion wundert sich indes, wie freiwirtschaftliche Unternehmensberatungen die Akquise von EU-Mitteln professionell betreiben können. „Die Kosten eines solchen Aufwands scheinen sich außerhalb der Stadtverwaltung sehr wohl zu lohnen“, folgert Feldmann. Der Stadtverordnete möchte eine angeblich negative Aufwand-Nutzen-Bilanz der Mittelakquise nicht länger akzeptieren und verlangt in einer Anfrage Auskunft über die Haltung des Magistrats zur Einrichtung einer dafür einzurichtenden Koordinierungsstelle.

Wo bleibt die Moderation des Kulturdezernenten bei Veränderungen im Volkstheater?

Als „bedauerlich“ hat die SPD-Stadtverordnete Renate Wolter-Brandecker die Absage von Michael Quast, bezeichnet, im Frankfurter Volkstheater einzusteigen. Sie kritisierte zugleich den Kulturdezernenten Felix Semmelroth (CDU), dass er „die zweifellos schwierigen Veränderungen an dem Theater mit seiner langen Frankfurter Tradition nicht ausreichend begleitet“ habe.

„Dem Kulturdezernenten hätte klar sein müssen, dass grundlegende Veränderungen im Volkstheater einer Moderation bedürfen“, sagte sie. Es sei nicht möglich ein solches für Frankfurt am Main über lange Jahrzehnte hin wichtiges Theater völlig zu verändern, das Personal komplett auswechseln wollen, „ohne gleichzeitig deutlich zu machen, wie man kulturpolitisch die Zukunft gestalten will.“

Die SPD-Politikerin wies darauf hin, dass das Volkstheater ein selbständiges Privattheater sei, bei dem es nicht möglich sei nach dem „Semmelroth-Prinzip“ zu verfahren: Wer nicht spurt, der fliegt“, wie es schon im Zoo und im Museum der Weltkulturen praktiziert wurde. Die SPD-Kulturpolitikerin forderte den Kulturdezernenten auf, endlich Farbe zu bekennen, ob er für die Stadt Frankfurt am Main weiterhin ein Volkstheater in der Tradition von Liesel Christ wolle oder lediglich die Hülle des Theaters mit anderen Inhalten füllen wolle. Die lange erfolgreiche Tradition des Volkstheaters in Frankfurt am Main gebiete einen respektvollen Umgang mit der Theaterleitung und seinen Mitarbeitern.

Entwurf für Historisches Museum – Verträglichkeit mit der Umgebung durch ein Fassadentransparent klären

Die SPD-Fraktion im Römer hat ihre Forderung bekräftigt, die Wirkung des Neubauentwurfes für das Historische Museum durch ein Fassadentransparent zu klären. „Nur eine solche 1:1-Darstellung kann letztlich die Wirkung des Neubaus auf die umgebende Bebauung, insbesondere die Nikolaikirche, klären“, sagte dazu die Sprecherin der SPD-Fraktion im Dom-Römer-Ausschuss, Elke Sautner. „Wir verstehen hier in keiner Weise die Zögerlichkeit der Koalition“. Die Kosten für ein solches Transparent stünden sicherlich in keinem Verhältnis zu den Kosten des Neubaus. „Angesichts der Tatsache, dass hier für Jahrzehnte Fakten geschaffen werden, sollte der

Magistrat sich diesem Vorschlag nicht weiter verschließen“, so Sautner.

Durch eine derartige Darstellung könne die Debatte auf eine nachvollziehbare Grundlage gestellt werden, sagte Sautner unter Bezugnahme auf eine Aktion der Frankfurter Altstadtfreunde.



Kriterien für Besucherstatistiken der Frankfurter Kultureinrichtungen einführen!

Die SPD-Stadtverordnete Elke Tafel wundert sich über die scheinbar nicht vorhandenen Kriterien für Besucherstatistiken in Frankfurter Kultureinrichtungen. Bei der jüngsten Bekanntgabe der jährlichen Besucherzahlen in Frankfurter Museen war aufgefallen, dass das Museum der Weltkulturen die Besucher des Museumsuferfestes und die der auswärtigen Ausstellungen mitgezählt hatte. Dabei wurde deutlich, dass von Seiten des Magistrats scheinbar keine Angaben darüber gemacht wurden, wie die Besucherzählung überhaupt zu erfolgen habe. Davon abgesehen ist es nach Tafel „unglaublich, wie unreflektiert der Magistrat die unrealistischen Zahlen zur Veröffentlichung durchgewunken hat“.

„Es ist eine Farce, dass wir diese Statistiken überhaupt erstellen lassen, wenn keine Vergleichbarkeit zu den Vorjahren und zwischen den einzelnen

Museen hergestellt wird“, so Tafel. Es sei den Einrichtungen selbst überlassen, die Zählung nach eigenem Ermessen durchzuführen. „Dabei kann höchstens von einer Schätzung gesprochen werden“, macht die Stadtverordnete deutlich. Denn bei Großveranstaltungen wie der Langen Nacht der Museen oder dem Museumsuferfest würden an den Museumskassen keine Einzeltickets ausgestellt. Außerdem sei es – wie es beim Museum der Weltkulturen passiert sei – nicht klar, ob die Besucher auf dem Außen Gelände mitgezählt werden müssten oder nicht. Die Stadtverordnete hat daher einen Antrag eingereicht, in dem sie vom Magistrat die Erstellung von allgemeingültigen Kriterien für die Besucherstatistiken fordert. Außerdem sollen die Statistiken nach Vollzahlern, Besuchern mit Ermäßigungen, Dauerkarten und Freikarten aufgeschlüsselt werden.

SPD für baldige Schaffung eines barrierefreien Zuganges zur Main-Neckar-Brücke

Mit der Umsetzung der Radroute 11 zwischen Bockenheim und Niederrad soll auch die Main-Neckar-Brücke barrierefrei werden. Schon im Dezember 2007 berichtete der Magistrat auf eine Anfrage der SPD, dass die Umsetzung dieses Bauabschnittes wegen Verhandlungen mit der Bahn und den Eigentümerinnen und Eigentümern von benötigten Grundstücken erst 2011 stattfinden könne. Geplant sei sowohl eine Auffahrtrampe als auch die Verbreiterung der Brücke. „Auch Monate nachdem die Stadtverordnetenversammlung diesen Magistratsbericht diskutiert hatte, kann der Magistrat keine Fortschritte in diesem Anliegen vorweisen. Offensichtlich hat dieser Plan beim Magistrat weniger Priorität, als bei der Niederräder Bevölkerung“, erklärte Elke Tafel, die planungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Römer. Die Nie-

derräder Stadtverordnete mahnt den Magistrat in einer Anfrage, dieses Vorhaben nicht auf die lange Bank zu schieben.

Die SPD fragt nun nach einem Jahr erneut nach dem Planungsstand „Für die SPD stellt sich außerdem die Frage, ob nicht die Rampenlösung vorab realisiert werden kann und die Brückenerweiterung zu einem späteren Zeitpunkt umgesetzt wird“, so Tafel. „Das dringendste Problem ist der steile Brückenaufgang. Fahrradfahrer schaffen den Zugang zu Brücke nur mit massivem Kraftaufwand, Rollstuhlfahrern haben faktisch überhaupt keinen Zugang. Die Verbreiterung der Brücke hat eine deutlich geringere Priorität. Wir fordern vom Magistrat eine schnelle Umsetzung der Barrierefreiheit durch das Vorziehen der Rampenlösung“, so die Planungspolitikerin.

SPD fordert die Aufhebung der Wiederbesetzungssperre für den Sozialen Dienst

Die SPD-Fraktion im Römer fordert, die Wiederbesetzungssperre für den Bereich Sozialer Dienst der Stadt Frankfurt aufzuheben. „Der Magistrat berichtet, dass zunehmend akute Kindeswohlgefährdungen gemeldet werden. Die Mitarbeiter des Sozialen Dienstes sollen sich natürlich zuerst diesem Problem widmen, was zu einer langsamen Umsetzung neuer Projekte führt. An dieser Stelle darf kein Personal eingespart werden. Daher fordern wir die Aufhebung der Wiederbesetzungssperre“, so die Vorsitzende des Ausschuss für Recht, Verwaltung und Sicherheit, Ursula Busch.

Die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sozialen Dienste in Frankfurt werde nicht weniger, gleichzeitig sollten sie schneller reagieren. So steige nach Berichten des Magistrats, zuletzt im B 402 aus 2008, die Anzahl der Meldungen von akuten Kindeswohlgefährdungen. Für neue Projekte, wie die so

genannten „Frühen Hilfen“, wurden zwar neue Stellen geschaffen. Diese müssten aber jeweils einzeln beantragt und in einem aufwendigen Verfahren genehmigt werden.

Weitere neue Projekte, wie das Haus des Jugendrechts, sollten in Frankfurt eingeführt werden. „Um die Umsetzung innovativer Projekte zu beschleunigen, soll die Besetzung frei werdender Stellen im Bereich Soziale Dienste in Zukunft ohne weitere Genehmigung erfolgen. Die SPD-Fraktion fordert daher, die Wiederbesetzungssperre für diesen Bereich aufzuheben“, sagt Ursula Busch.



Siedlung Höhenblick: Heftige Kritik nach Prozessdesaster des Magistrates

Angesichts des Prozessdesasters des Magistrates beim Rechtsstreit um das Anliegen Höhenblick 54 hat die SPD-Fraktion im Römer heftige Kritik an der der Informationspolitik von Planungsdezernent Edwin Schwarz geübt. „Es ist nicht hinzunehmen, dass sich Edwin Schwarz in der letzten Planungsausschusssitzung am Montag absolut uninformiert über das Problem gezeigt hat“, sagte dazu der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Römer, Klaus Oesterling. „Dabei wurde seit Tagen in den Medien über das Problem berichtet. Der Fall zeigt, welchen Stellenwert Schwarz dem Denkmalschutz einräumt“. Als nicht hinnehmbar bezeichnet es Oesterling in diesem Fall, dass Schwarz dem Planungsausschuss die Antwort auf

selbst einfache Sachfragen verweigert hat. „Es kann doch nicht sein, dass ein Planungsdezernent sich starrköpfig weigert, die simple Frage, wann ein Schreiben des Landesdenkmalpflegers bei der Stadt eingegangen ist, zu beantworten“, so Oesterling. „Diese Weigerung stellt eine Brückierung des Parlamentes dar. Es kann doch nicht sein, dass der Magistrat noch nicht einmal bereit ist, die eigene Rechtsauffassung gegenüber den Stadtverordneten offenzulegen“. Die SPD-Fraktion wird nun mit einer dringlichen Anfrage den Magistrat auffordern, gegenüber dem Parlament offenzulegen, wann die Stellungnahme des Landesdenkmalpflegers bei der Stadt eingegangen ist.

Die letzte Seite: So sieht's die Presse

(FR vom 9. Oktober 2008)

LEITARTIKEL

Diffus und geheim

Die Finanzkrise ist in der Stadt und hat mittlerweile jeden einzelnen eingeholt. Mit ihrem eigenen Geld haben die Frankfurter Bürger derzeit mächtig zu tun. Etwa 5000 Menschen in der Stadt, wenn nicht sogar mehr, sind Opfer der Lehman-Pleite geworden, haben Ersparnisse zwischen 5000 und 30 000 Euro verloren. Das ist ein tiefer, tiefer Schock für die Betroffenen. Da ist eine zusätzliche Altersversorgung verloren gegangen, die Reparaturkosten für Wohnung oder Haus, die Rücklage fürs Studium des Kindes. Das einzige, was ein wenig hilft, ist eine rüchhaltlose Aufklärung darüber, wie es so weit hat kommen können. Und selbstverständlich über etwaige Chancen auf Rückgewinnung, zumindest eines Teils.

Auch viele andere Menschen in der Stadt sind derzeit sehr damit beschäftigt, ihre Anlagen zu überprüfen und mit Beratern und in der Familie zu überlegen, was eventuell zu ändern wäre, um sich wieder sicherer fühlen zu können. Die Ungewissheit nagt an fast jedem.

Und schließlich interessiert man sich auch dafür, wie es denn um das gemeinsame Bürger-Vermögen in Frankfurt

JUTTA OCHS



Die Sorge um die Sicherheit ihres Geldes bewegt die Bürger.

Wie es um die Anlagen der Stadt, also um das Bürger-Vermögen bestellt ist, bleibt diffus.

steht, also um die Kapitalanlagen, die die Stadtpolitik für die Bürger verwaltet. Es geht um annähernd 1,2 Milliarden Euro, die bei 40 Banken angelegt sind.

Die Informationspolitik der Stadt zur Vermögenslage ist zögerlich, verwirrend, mittlerweile schon richtig ärgerlich. Es tröpfelt hie und da mal etwas durch, dann versiegt es wieder. Zu erfahren, dass die Stadt Kunde bei Pleitiers und Krisenherden wie Lehman und Hypo Real Estate/Depfa ist, kann ja keinen beruhigen. Von der Ankündigung des Kämmerers, allen Sor-

gen mit Transparenz und Offenheit zu begegnen, ist derzeit nur noch wenig übrig geblieben. Uwe Becker ist ein auch bei der Opposition sehr angesehener Kämmerer, der sich seit Beginn seiner Amtszeit 2006 klar gegen Risiko-Anlagen jeder Art ausgesprochen hat. Doch manches, was damals noch sicher schien, hat sich mittlerweile als Risiko entpuppt. Es gibt also erheblichen Aufklärungsbedarf und dem kommt man bislang in keiner Weise nach.

Der Kämmerer lässt zwar die Bürger in seiner Erklärung wissen, dass er stets eine „konservative Strategie“ verfolge. Dass man bei vielen Instituten Kunde sei, um das Risiko zu streuen, dass es die Einlagensicherung der Banken und den Stützungsfonds bei den Sparkassen gebe und er somit die Bürger „beruhigen“ könne. Solche Töne sind längst nicht mehr zeitgemäß, sie schüren eher Misstrauen. Es wird offiziell nicht eine einzige Zahl genannt. Bürger, gerade am Finanzplatz Frankfurt aber kennen sich aus. Sie wollen Zahlen, Daten, Fakten und nicht beruhigt werden wie kleine Kinder. Sehr vorsichtig ausgedrückt, muss der Kämmerer da noch etwas nacharbeiten.

Impressum

Newsletter der SPD-Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3
60311 Frankfurt
Tel. 069/281541
Fax 069/287708
www.spd-fraktion-frankfurt.de
V.i.S.d.P. Henning Bepler